

2 Parteien im politischen Wettbewerb: Funktionen und Ziele

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit Parteien und den von ihnen im politischen Wettbewerb angestrebten Zielen. Es wird den Fragen nachgehen, was Parteien überhaupt sind, worum es sich beim Phänomen ‚politischer (Parteien-)Wettbewerb‘ handelt, was ihn auszeichnet, und welche Folgen dies für die Zielorientierung(en) von Parteien hat. Es wird – in aller gebotenen Kürze – mittels einiger grundlegender partei- und demokratietheoretischer Überlegungen die für diese Arbeit wichtige These erarbeitet, dass Parteien – insbesondere in Party-Government-Systemen (siehe Katz 1987b; Raschke/Tils 2007: 27; Keman 2006) – sowohl Macht- als auch Gestaltungsziel *gleichzeitig* verfolgen.

Eine allumfassende Übersicht über die gesamte Fachdebatte kann hier, schon allein aufgrund der kaum überschaubaren Vielzahl an Veröffentlichungen und dem aus ihrer Allgegenwart in der Politik folgenden Querschnittscharakter, nicht geleistet werden;¹⁰ dies ist aber auch weder notwendig noch zielführend. Vielmehr wird sich auf die wesentlichen motivationalen Quellen der doppelten Zielorientierung konzentriert, um nicht durch eine überkomplexe Darstellung das vorrangige Erkenntnisziel aus den Augen zu verlieren. Viele der besprochenen Aspekte gelten in genereller Weise für alle demokratischen Regimetypen, finden sich aber verstärkt, besonders ausgeprägt, oder zumindest leicht ersichtlich, in parlamentarischen Systemen.

2.1 Parteien und Parteiführung

Parteien werden hier vereinfachend verstanden als „von Politikern geschaffene Organisationen [...], die dem Machtgewinn und der Erreichung ihrer

¹⁰ „The scholarly literature that examines political parties is enormous“ (Strøm/Müller 1999: 5).

eigenen sachpolitischen Ziele dienen“ (Saalfeld 2007: 14f., vgl. auch Aldrich 1995).¹¹ Diese Definition verweist einerseits auf die organisationale Dimension von Parteien: sie sind in aller Regel ein Zusammenschluss vieler, politisch gleichgesinnter Bürger. Andererseits wird auch der Führungs- oder Elitenaspekt angedeutet: Wie in fast allen Organisationen bildet sich auch in Parteien immer eine Führungsriege heraus, welche das Handeln der Partei wesentlich lenkt, steuert, und vor allem nach Außen *repräsentiert*.

Da in dieser Arbeit das strategische Handeln von Parteien im politischen Wettbewerb, insbesondere von Regierungsparteien, im Analysefokus steht, rückt naheliegenderweise die Führungsebene der Partei besonders in den Vordergrund. Zwar handelt es sich bei Parteien um komplexe Organisationen mit einem ebenso komplexen Eigenleben, nichtsdestoweniger betrachtet diese Arbeit das strategische Handeln von Parteien auf Bundesebene als das Resultat von Entscheidungen auf Führungsebene. Hierbei handelt es sich zwar auch, aber weniger um eine vereinfachende Annahme, als um eine analytische Entscheidung hinsichtlich des Handlungssubjekts: Schon allein aufgrund des nicht zu lösenden Koordinierungsbedarfs einer Organisation mit mehreren Hunderttausend Mitgliedern kann bei ihr nicht von einem strategiefähigen Subjekt ausgegangen werden. Hier bedarf es eines Führungsteams (siehe hierzu auch Raschke/Tils 2007: 282f.).

Dies bedeutet nicht, dass die Parteiführung die Parteiaktivisten und ihre Befindlichkeiten völlig ignorieren kann; ganz im Gegenteil sind diese eine wichtige Ressource, welche die Parteiführung benötigt, um erfolgreich zu sein. Entsprechend muss sie diese als wichtigen Faktor mit einbeziehen. Es verweist aber darauf, dass eine Arbeit, welche die Strategie(n) von Parteien auf dem Wählerinnenmarkt analysiert, sich sinnvollerweise auf die strategisch handelnde Parteiführung fokussiert, und der Parteiorganisation zwar eine handlungs- und somit *strategierelevante* Rolle zuschreibt, jene selbst aber nicht *strategiefähig* ist. Oder in anderen Worten: Die organisationale Dimension von Parteien hat einen restriktiven oder auch ermöglichenden Charakter für die Parteiführung in dem Sinne, dass sie (strategische) Handlungsoptionen bietet oder auch einschränkt; das Handlungssubjekt ist aber

¹¹ Diese Definition birgt die Gefahr, genau das vorauszusetzen (die Gleichzeitigkeit von Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Parteien), was im Folgenden eigentlich erst gezeigt werden soll. Da aber eben jene Gleichzeitigkeit der Zielverfolgung aus ihrer *Rolle* und *Funktion* im demokratischen Prozess abgeleitet wird, und nicht aus der definitorischen Setzung, stellt dies kein Problem dar.

die Parteiführung, nicht die Parteiorganisation in ihrer Gesamtheit.¹² Wenn demnach nachfolgend von ‚Parteien‘, ‚Parteizielen‘, ‚Parteimotivationen‘ etc. gesprochen wird, so geschieht dies der Einfachheit halber: hiermit wird sich auf die Führungsebene bezogen. Denn sie ist es schließlich auch, die ipso facto auf Bundesebene die Geschicke der Partei lenkt, und auch im Erfolgsfalle Ämter übernimmt und Gestaltungsziele faktisch umsetzt. Das Doppelziel von Macht und Gestaltung hat also nur für sie direkte Handlungsrelevanz.

Die obige Definition und der Fokus auf die Parteiführung betont auf der Handlungsebene den Akteurscharakter von Parteien, der in spezifischen teleologischen *Handlungslogiken* aber noch seine inhaltliche Füllung erfahren muss. Der Blick auf Partei(eliten) als handelnde Akteure steht in Wechselspiel mit einer eher systemtheoretisch bzw. strukturell orientierten Perspektive, welche die *gesellschaftliche Vernetzung* von Parteien (vgl. Lipset/Rokkan 1967) sowie ihre *Funktionslogiken*¹³ für das politische System betont (siehe bspw. Easton 1965).

Zwar lassen sich die Handlungslogiken der Parteien – auf welche später ausführlich eingegangen wird – nicht aus den Funktionslogiken des demokratischen politischen Systems ableiten; vielmehr ergeben sie sich aus den Akteuren, die im System handeln. Allerdings stellt das demokratische politische System – bei all seiner langfristigen Wandelbarkeit – doch Anforderungen an die Parteien, welche diese nicht ignorieren können.

Die Definition grenzt sie auch von nicht-etablierten Kleinst- und Splitterparteien ab (siehe Schulze 2004), die nur ihrer organisationellen Form nach als Parteien zu betrachten sind.¹⁴ Mangels Ressourcen wie Aktivisten und elektoraler Zustimmung oder aber aufgrund einer starken Überbetonung der von ihnen vertretenen Gestaltungsziele haben sie aber keine realistische Chance auf eine Ämterübernahme oder verzichten gar auf ein aktives Machtstreben.¹⁵

¹² Dies mag man sich auch mit Blick auf die Analogie von ökonomischen und politischen Wettbewerb verdeutlichen: Das Handeln eines Herstellers, welcher mit seinen Produkten auf dem Markt mit anderen Herstellern um Kundinnen konkurriert, sollte sinnvollerweise nicht als das Handeln der Gesamtheit aller seiner Mitarbeiter aufgefasst werden, sondern als die Entscheidungen der Geschäftsführung.

¹³ Für einen gut kommentierten Funktionskatalog siehe bspw. Diamond/Gunther (2001).

¹⁴ Robertson (1976: 3) geht in seiner „theory of party competition“ sogar soweit, solche Parteien als nicht kompetitiv zu definieren: „We define here a competitive party as one which (a) is not in permanent opposition or permanent office; and (b) accepts the legitimacy of its major opponent and of the constitutional system“.

¹⁵ Für Demokratien ist ihre Existenz aber insofern wichtig, als dass sie erstens die zunächst nur theoretisch gegebene Möglichkeit des Eintritts in den elektoralen Markt

2.2 Die Doppelrolle von Parteien in repräsentativen Demokratien

Kaum eine Veröffentlichung, welche sich mit der Rolle, Funktion oder Funktionsweise von Parteien auseinandersetzt, kommt ohne den vorangestellten Hinweis aus, dass moderne repräsentative Demokratien ohne politische Parteien nicht denkbar sind (vgl. für viele bspw. Katz 2006: 34; Saalfeld 2007: 11; Müller 2000: 311). Zwar wird an dieser Stelle nicht bestritten, dass, je nach demokratietheoretischem Standpunkt und somit nach dem je spezifischen Verständnis, was *Demokratie* überhaupt beinhaltet, ihnen eine unterschiedlich große Aufgabe im demokratischen Willensbildungsprozess zugeschrieben wird (siehe hierzu bspw. Schmidt 2008; Held 2006); die Begriffe ‚Demokratie‘ und ‚Partei‘ sind also nicht notwendigerweise miteinander verbunden. Jenseits normativer demokratietheoretischer Überlegungen, welche hier nicht weiter vertieft werden, sind sie aber *auf empirischer Ebene* die unbestreitbar vorherrschende Institution, auf welche demokratisch legitimierte Vertretungsberechtigung delegiert wird. *Repräsentative* Demokratie bedeutet in der Praxis also in aller Regel Parteiendemokratie. „[T]he idea that political parties are essential for practicing democracy in the modern state has become dominant“ (Müller 2000: 309).

In ‚Parteiendemokratien‘ ist es im wesentlichen die Erfüllung von zwei Funktionen, die ihre Zentralität und empirische Vorherrschaft begründet. Erstens handeln sie als *Repräsentanten* der Bevölkerung: Sie aggregieren und synthetisieren die Wünsche, Vorstellungen und Präferenzen der Bevölkerung bzw. bestimmter Bevölkerungsteile, entwickeln auf dieser Grundlage politische Programme, und tragen diese in die politische Sphäre. Sie dienen hier also als Stellvertreter der Bevölkerung, als Bindeglied (oder, nach einer geläufigen Metapher, als ‚Transmissionsriemen‘) zwischen gesellschaftlicher Sphäre und politischem System (vgl. Saalfeld 2007: 20). Key (1964) benennt diese Dimension von Parteien als „party-in-the-electorate“. Zweitens übernehmen sie, im Mehrheitsfalle, die Regierungsgeschäfte und sind somit für die Durchsetzung allgemeinverbindlicher Entscheidungen zuständig und verantworten diese gegenüber der Bevölkerung (für Key (1964): „party-in-

realiter in Anspruch nehmen, sie also für eine Wettbewerbsbelebung sorgen. Zweitens besetzen sie auch ‚Nischenthemen‘, welche von etablierten Parteien nicht beachtet werden, und inkorporieren auch solche Bevölkerungsteile in das politische System, die sich sonst nicht vertreten fühlen (vgl. Köhler 2006: 41–43).

government“).¹⁶ Mair (vgl. 2009: 5) deutet den Erfolg und die Beliebtheit von Parteien bei der praktischen Umsetzung der *repräsentativen* Demokratie sehr anschaulich in institutionenökonomischen Termini, wenn er schreibt, dass es durch ihre Doppelrolle kaum Prinzipal-Agenten-Probleme (Interessenskonflikte zwischen Vertreter und Vertretenen) gäbe: Prinzipal und Agent fielen in der Institution der Partei zusammen. Dieselbe Institution, welche die Regierung eines Landes übernimmt, verleihe dieser eine Stimme und nehme die Aufgabe der Repräsentation wahr.¹⁷

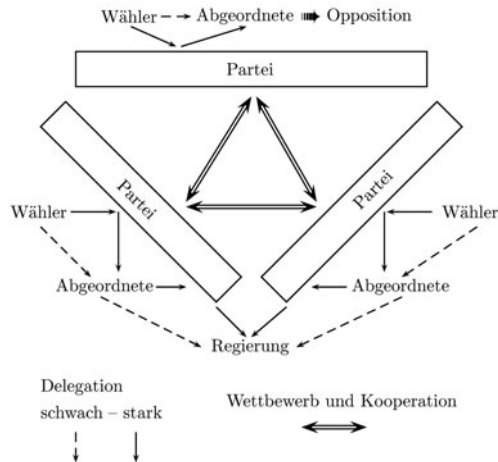
Strøm/Müller (1999: 1) betonen – eine systemische Perspektive einnehmend – hinsichtlich der beiden Funktionen *Repräsentieren* und *Regieren* die intermediäre Rolle von Parteien als Subjekt eines Delegationsprozesses: „Democracy may be conceived as a process by which voters delegate policy-making authority to a set of representatives, and political parties are the main organizational vehicle by which such delegation takes place“. Abbildung 2.1 stellt diesen mehrschrittigen Delegationsprozess schematisch (für parlamentarische politische Systeme) dar.

In regelmäßig stattfindenden Wahlen delegieren die Wählerinnen die kollektive Handlungsbefugnis auf die Abgeordneten, welche in der Regel als Mitglieder einer Partei und/oder unterstützt durch Parteien antreten. „Here the mainstream of modern democratic theory argues that party intervention is necessary to make elections meaningful“ (Müller 2000: 310). Die Abgeordneten einer oder mehrerer Parteien bilden (im Mehrheitsfalle) anschließend die Regierung (oder, im Minderheitsfalle, die Opposition). Auch an diesen Delegationsschritten haben Parteien entscheidenden Anteil, da sie den Regierungsbildungsprozess strukturieren und begleiten sowie ein Regierungsprogramm auf Grundlage ihrer programmatischen Positionen erstellen bzw., bei mehr als einer Partei, in der Koalition aushandeln. Oppositionsparteien formulieren hingegen Alternativen zur Regierungsprogrammatik und stehen im Zweifel bereit, um die Regierung abzulösen. Ohne die Entwicklung und Bereitstellung programmatischer Positionen, zu denen sich Parteien bekennen, wäre für den Wähler ein prospektives Wählen ebenso

¹⁶ Key (1964) benennt – neben den beiden hier wichtigen Dimensionen *party-in-the-electorate* und *party-in-government* – noch eine dritte Dimension, „*party organization*“, mit welcher er auf die organisationelle Dimension von Parteien abzielt. Dieser wird hier aber ausschließlich als kontextueller Aspekt mit einbezogen.

¹⁷ Wenn er auch nachfolgend Gründe für die explorative These nennt, dass Parteien dieser Kombination von Vertretungs- und Regierungsfunktion immer schlechter nachkommen (können).

Abbildung 2.1: Parteien in der Delegationskette parlamentarischer Demokratien.



Quelle: Veränderte Darstellung nach Müller (2000: 312).

schwerlich möglich wie die verantwortliche, retrospektive Zuordnung von Regierungsentscheidungen (vgl. Müller 2000: 310).

2.3 Parteien in Konkurrenz um Macht

Abbildung 2.1 weist zudem durch die Tatsache, dass hier nicht nur eine, sondern mehrere Parteien dargestellt werden, auf einen wichtigen Aspekt der Parteiendemokratie hin: den des *Wettbewerbs* zwischen *konkurrierenden* Parteien. Das pure Delegationsverhältnis von Bürgerinnen auf die intermediäre Institution ‚Partei‘ konstituiert für sich noch kein demokratisches Element; erst durch die kompetitive Interaktion mit anderen Parteien um Wählerinnenstimmen und die Machtübernahme lässt sich von einem notwendigen demokratischen Element sprechen. Parteiendemokratie bedeutet also immer auch *Parteienwettbewerb*. In welchem Verhältnis aber stehen (Parteien-)Demokratie und (Parteien-)Wettbewerb?

„[...] ‚[P]olitical competition‘ is often mixed in an awkward combination with democracy. It is often regarded as a condition or a

defining characteristic of democracy itself. This generates a great deal of confusion as the amalgamation of the two concepts and problems blurs their specific meanings as well as their mutual relationships“ (Bartolini 1999: 436).

In seiner abstraktesten Definition bedeutet *Wettbewerb* „the struggle between two or more agents to capture scarce, limited, and valued resources within a defined system or context“ (Altmann 2011: 359). In der politischen Sphäre ist diese knappe Ressource in aller Regel *Macht* bzw. *Gestaltungsfähigkeit*. „The objective prized by antagonistic individuals and groups in the political sphere is usually identified with political power (votes, offices, influence on policy)“ (Bartolini 2002: 86). Hier waren es insbesondere Joseph Schumpeter (2005) sowie Anthony Downs (1968), welche den Wettbewerb um Machterlangung bzw. -erhalt in die Demokratie- und Parteientheorie einführten und dort für eine positive Analyse fruchtbar machten.

Grundgedanke dieses insbesondere von Downs (1968) entwickelten und wirkungsmächtigen Verständnisses des politischen Wettbewerbs ist eine weitgehende (aber nicht vollständige, siehe Bartolini 2002) Analogie zum wirtschaftlichen Wettbewerb. Parteien sind Anbieter politischer Programme bzw. Gestaltungszielen, welche sie (und ihre konkurrierenden Parteien) auf dem Wählermarkt feilbieten. Die Wähler vergleichen die Politikangebote der Parteien durch einen Abgleich mit ihren eigenen Präferenzen und wählen entsprechend diejenige Partei, die ihren eigenen Vorstellungen und Präferenzen am nächsten kommt.

Diese Interaktion auf dem Wählerinnenmarkt lässt sich anschaulich und in gewinnbringender Weise für die Forschung *räumlich* konzeptionalisieren. Die angebotenen Gestaltungsziele der Parteien sind Positionen, also Punkte in einem gedachten politischen Raum; ebenso lassen sich die Wähler mit ihren Präferenzen in eben diesem Raum verorten. Die entscheidende Grundlage der Wahlentscheidung der Wählerinnen ist dann die Distanz zu den jeweiligen Parteien: je näher sich eine Partei im Politikraum an der eigenen Position befindet, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, die Partei auch zu wählen.

Die technischen Details der forschungspraktischen Umsetzung eines solchen Konzepts sind hier wenig bedeutsam; wichtig ist aber die Feststellung, was eine entscheidende Grundlage der Entscheidung für den Wähler ist: die Position bzw. die angebotenen Gestaltungsziele der Parteien. Der politische Wettbewerb ist – und dieser Auffassung wird in der vorliegenden Arbeit gefolgt – ein Wettbewerb, der mit spezifischen, von den Parteien

angebotenen Positionen/Gestaltungszielen geführt wird, welche die Wählerinnen für ihre Wahlentscheidung einschätzen. Eine solche Sichtweise lässt sich auch als räumlicher Wettbewerb oder *Positionswettbewerb* bezeichnen. Diese Bezeichnung grenzt ihn insbesondere vom Salienz Wettbewerb ab: In diesem wird davon ausgegangen, dass Wählerinnen gar nicht an spezifischen Positionen und Gestaltungszielen von Parteien interessiert seien, vielmehr stehe für sie die Problemlösungsfähigkeit der Parteien bei der Wahlentscheidung im Vordergrund. Entsprechend würden die Parteien auch gar nicht im engeren Sinne eigene Positionen/Gestaltungsziele anbieten, sondern im politischen Wettbewerb nur ihre Problemlösungsfähigkeit in Feldern betonen, in denen ihnen klassischerweise eine hohe Kompetenz bescheinigt wird (‘issue-ownership’). Durch die Hervorhebung oder Ignorierung bestimmter gesellschaftlicher Probleme grenzen sie sich vom politischen Gegner ab (vgl. hierzu Arzheimer/Schmitt 2005: 280–282; Robertson 1976). Da aber eine Theorie, welche den politischen Wettbewerb nur hinsichtlich der Intensität der politischen Stellungnahmen, nicht aber hinsichtlich der inhaltlichen Dimension eben jener Stellungnahmen erfasst (vgl. Arzheimer/Schmitt 2005: 281), einerseits ein wichtiges Element des politischen Wettbewerbs ignoriert, andererseits wenig zielführend für eine Arbeit ist, welche sich explizit auf die Gestaltungsziele der Parteien bezieht, bietet sich eine konzeptionelle Verortung im Positionswettbewerb an.

Der Berührungspunkt zwischen Demokratie und politischem Wettbewerb – verstanden als Positionswettbewerb – liegt nun in der Schaffung eines responsiven Links zwischen Parteiverhalten (hier: ihrer Positionierung durch/ihr Angebot von Gestaltungsziele(n) und den Wählerpräferenzen. Da in regelmäßigen Abständen die Evaluation des Regierungshandels und möglicher Alternativen hierzu durch den Wähler stattfindet, für die einen also die Möglichkeit der Abwahl besteht, für die anderen – spiegelbildlich hierzu – die Möglichkeit des Machtgewinns, müssen Parteien ihre Gestaltungsziele und ihre Regierungspolitik (zumindest auch) auf die Wählerpräferenzen abstimmen, da diese – so die Annahme – auf Grundlage des Vergleichs der programmatischen Angebote der Parteien ihre Stimme(n) vergeben. Aus dieser Interaktion entsteht eine Responsivität der Parteien gegenüber der Bevölkerung.

„One does not need to assume that candidates and parties want to respond to voters’ preferences—they are involuntarily forced to do so while pursuing their goals of power through maximizing the

necessary vote. Thus, competition obliges elites to take into account the preferences of voters“ (Bartolini 2002: 87).

Stimson et al. (1995: 543) bezeichnen diesen beständigen Aktualisierungsprozess passend als *dynamische Repräsentation*: „If public opinion changes and then public policy responds, this is dynamic representation“, wobei der entscheidende Mechanismus des Transports der Wählerpräferenzen die *Wahl* bzw. die Antizipation der Wahl ist („electoral threat“, siehe Schulze 2007).

Es wurde also bis hierhin aufgezeigt, dass Parteien mit ihrer Zwischen- und Doppelrolle im politischen System ein kaum verzichtbares Element demokratischen Regierens darstellen: An sie wird die Anforderung gestellt, die gesellschaftlich vorhandenen Präferenzen in das politische System zu tragen, ihre Wählerinnen dort also zu repräsentieren, und gleichzeitig mit anderen Parteien in einen Wettbewerb um machtvollen Ämter zu treten, welche sie im Erfolgsfall auch besetzen. Systemisch betrachtet stehen sie also zwischen gesellschaftlicher und politischer Sphäre, zwischen Repräsentation und Regierung/Opposition. Diese Verortung im politischen System sowie die sich daraus ergebenden Funktionen übersetzen sich – nun von der Systemebene auf die Akteursperspektive wechselnd – für die Parteien in die entsprechenden Handlungsperspektiven und -optionen von Macht- und Gestaltungszielverfolgung. Die Logik des politischen Wettbewerbs in repräsentativen Demokratien *erzeugt* diese zweifache und gleichzeitige Handlungsanforderung: Nur, wenn Parteien längerfristig bereit und in der Lage sind, diese zu erfüllen, können sie sich etablieren und erfolgreich sein. Auch wurde gezeigt, dass die beschriebene Gleichzeitigkeit der Macht- und Gestaltungszielverfolgung kein hierarchisches Abhängigkeitsverhältnis beider Ziele erzeugt, sondern ganz im Gegenteil ihre *wechselseitige* Bedingtheit und Abhängigkeit voneinander. Keines beider Ziele ist nur Selbstzweck, keines ist nur Mittel zum Zweck. Oder anders ausgedrückt: Beide Ziele sind für Parteien *gleichzeitig intrinsisch und instrumentell motiviert*.

2.4 Party-Government

Die beschriebene funktionale Verquickung von Partei und Regierung trifft – nicht nur, aber besonders – auf sog. Party-Government-Systeme zu, in denen die wechselseitige Durchdringung von politischem System und Partei-

en („partyiness of government“; Katz 1986) besonders stark ausgeprägt ist. ‚Party-Government‘ ist eine spezielle Regierungsform, also eine bestimmte Art und Weise, demokratisches Regieren zu organisieren, welche den Parteien *in ausgeprägtem Maße* eine wichtige Rolle in der Regierungsführung zuschreibt. Gilt die oben beschriebene Doppelrolle von Parteien letztlich für fast jede repräsentative Demokratie, so sind es gerade Party-Government-Systeme, in denen diese Verschränkung eine sehr starke Ausprägung erfährt. Mögliche Alternativen zu Party-Government bzw. Parteiendemokratie als vorherrschenden Regierungs- und Repräsentationsmodus sind direktdemokratische Arrangements, (neo-)korporatistische Institutionen oder auch eine pluralistisch organisierte Interessenvermittlung (vgl. Strøm 2000: 184, siehe ebenfalls Katz (1987a)).

Fünf Merkmale (vgl. Strøm/Müller 1999: 2, die sich auf Katz (1986: 42ff.) beziehen) sind entscheidend für diese spezielle Art der Regierungsform:

1. Regierungsentscheidungen werden von offiziellen Akteuren aus Parteien (oder von solchen unter ihrer Kontrolle) getroffen.
2. Parteien sind wesentlich an der Entscheidung über Inhalte der Regierungspolitik [government policy] und ihrer Umsetzung beteiligt.
3. Parteien streben nach der Umsetzung der von ihnen entwickelten Inhalte.
4. Das politische Personal für öffentliche Ämter wird von den Parteien rekrutiert.
5. Das politische Personal ist – durch die Vermittlung über Parteien – gegenüber der Bevölkerung verantwortlich.¹⁸

Katz (vgl. 1986: 42ff.) denkt sein Party-Government-Konzept nicht als binäre Kategorie, in die ein politisches System entweder fällt oder nicht, sondern betont die Möglichkeit der Abstufung und die Multidimensionalität des Konzepts. Die „partyiness of government“, zu verstehen als der Grad der „Verflechtung von parlamentarischem System und Party-Government“ (Raschke/Tils 2007: 27), kann auf Grundlage verschiedener Kombinationen der Ausprägungen der genannten Merkmale variieren. Je stärker dieser

¹⁸ Siehe weiterführend (aber keineswegs allumfassend) zur Diskussion über Party-Government-Systeme Strøm 2000; Blondel/Cotta 2000, 1996; Blondel 1995; Keman 2003; Woldendorp et al. 2000.

Macht- und Gestaltungszielverfolgung von
Regierungsparteien

Strategische Muster der SPD 1998–2005

Sunken, J.

2016, XIV, 248 S. 25 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-11519-7